Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 154. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 4. Juli 1930. | 12. Jahrgang.

An meinem Leben und meinen Schicksalen liegt nichts; an den Wirkungen meines Lebens liegt alles.

Fichte.

Michelhafte Bescheidenheit.

Ein Nachwort zur Weltkrafttagung.

Von Dr. Dr. Friedrich Lange.

Die Weltkrafttagung in Berlin war nach dem Urteil der ausländischen Teilnehmer ein ausgesprochener Erfolg, nach der Meinung der deutschfreundlichen Besucher sogar ein „verhängnisvoll großer Erfolg". „Wir haben" — so äußerte ein führender Neutraler — „den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Lebenskraft, Arbeitsfreude und Organisationsgabe unverwüstlich sind und die Kriegstribute in der jetzt geregelten Höhe sicher ohne wesentliche Schädigung des deutschen Volkes aufbringen werden." Das ist auch von bisher gegnerischer Seite ausgesprochen worden und entspricht offenkundig dem Empfinden sehr vieler Tagungsteilnehmer. Ein Sudetendeutscher sagte sogar in vertrautem Kreise: „Paßt auf, daß man euch nach dieser großartigen Tagung nicht noch die „Reparationen" zu erhöhen sucht!" Ueberall kam es zum Ausdruck, die reichsdeutsche Wirtschaft sei immer noch um mehrere Nasenlängen der ganzen Welt voraus, man habe ihr keineswegs zuviel auferlegt. — Was hätte da aufklärend gewirkt werden können! Bei den Amerikanern, die jetzt praktisch unsere Hauptgläubiger geworden sind, und nun daran gehen, durch Massenausfuhr mit Preisunterbietung die eigene Wirtschaftsnot zu bekämpfen und damit unserer Ausfuhrindustrie das Leben noch schwerer machen; bei den Neutralen, die wir in den nächsten Jahren mit deutschen Waren überschwemmen müssen, wenn wir die Kriegstribute pünktlich zahlen wollen. Schließlich auch bei dem Teil der ehemaligen Gegner, die jetzt wieder Sinn für die nüchternen Zusammenhänge der Wirtschaftswirklichkeit bekommen. Wie einfach wäre es gewesen, am Schluß in aller Bescheidenheit an hervorragender Stelle zu sagen: „Meine Herren, Sie haben ein Volk bei der Arbeit gesehen. Wollen Sie bitte nicht vergessen, daß dieses Volk Lasten zu tragen hat, wie sie noch nie in der Weltgeschichte einem anderen auferlegt worden sind!" Hätte das jemanden beleidigen oder kränken können?

Die Gelegenheit ist verpaßt. Die Teilnehmer sind abgereist in alle Winde. Gebieterisch drängt sich die Frage auf, ob wir aus dem Fehler lernen wollen. Was hätte Polen, was Ungarn bei einer derartigen Tagung getan, um die Gäste aus aller Welt in ihrem Sinne zu unterrichten? Wir wissen es von immer neuen zwischenstaatlichen Zusammenkünften, mit welchem Eifer und Geschick die Magyaren ihr „nein, nein, niemals" in immer neuen Tonarten abwandeln, bis die Zuhörer wirklich mitsprechen: die Grenzbestimmungen von Trianon seien unhaltbar, Ungarn müsse wieder vergrößert werden Und die Deutschen, die Meister der Organisation und Werbekunst? Nationalpolitisch, volkspolitisch war — bei aller Anerkennung des Nur-Technischen und Nur-Wirtschaftlichen — die Weltkrafttagung ein Versager.

Man wende nicht ein, Hinweise auf die deutsche Volksnot hätten einen Mißton in die Sache gebracht, das harmonische Bild getrübt und die Verständigungspolitik belastet. Gerade die Verständigungspolitik hätte ein Wort rückhaltloser Offenheit und Ehrlichkeit verlangt. Rings an den Grenzen ist deutsches Volkstum in Gefahr, bröckelt Scholle um Scholle, Dorf um Dorf, Stadt um Stadt vom deutschen Volks- und Kulturboden ab, werden Zehntausende deutscher Kinder in volksfremde Schulen gepreßt, wird die auslandsdeutsche Wirtschaft auf Schritt und Tritt geknebelt und zu Boden gedrückt. Das Deutsche Reich, das geistig und seelisch das Rückgrat für die mehr als 30 Millionen Auslandsdeutschen sein sollte, kann sich nicht helfen, weil es sich in Krämpfen der Wirtschaftsnot windet. Millionen Arbeitslose liegen auf der Straße. Das Gespenst des Abbaus schleicht durch jede Familie. Tausende deutscher Kinder sterben mangels ausreichender Ernährung, Hunderttausende werden infolge der Wirtschaftsnot nicht geboren. Jeder Sonntag fordert Todesopfer wirtschaftlich und deshalb auch politisch verzweifelter Radikaler. Offen treiben wir neuem Bürgerkrieg entgegen. Unerbittlich schwingt die Wirtschaftsnot weiter die Peitsche. Und die erlesenste Tagung wirtschaftlicher Fachleute bleibt ohne Unterrichtung hierüber! Sie müssen in ihre Heimat ein falsches Bild der deutschen Zustände mitnehmen. Wenn dann die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, werden sie sich getäuscht, irregeführt fühlen. Gerade das zu verhindern, ist Aufgabe einer Verständigungspolitik. Gerade wer glaubt, daß die deutsche Not nur zusammen mit geschickt ausgewählten Freunden vieler Staaten und Völker bewältigt werden kann, muß solche Freundschaften rückhaltlos aufklären.

Entscheidungen reifen ringsum. Das vereinsamte Frankreich, noch im Zenith seiner Erfolge, will die gegenwärtige Vorzugsstellung mit dem Blendwerk Paneuropa verlängern. Italien läßt offiziell die Unterscheidung zwischen Verbündeten und ehemaligen Gegnern fallen und knüpft neue Fäden nach wohl gewählten Richtungen. Mit Händen zu greifen ist die Habsburger Gefahr, die in Mitteleuropa an der Donau einen neuen, endgültig deutschfeindlichen Block zusammenschmieden will. Wo bleibt da die Macht des deutschen Volkes in Mitteleuropa? War es nicht ein Zeichen der Zeit, daß auf der Weltkrafttagung bei der für die Reichsdeutschen veranstalteten Schlußabstimmung spontan die Deutschösterreicher wie ein Mann mitstimmten? Wo blieb die reichsdeutsche Antwort? Wo auch nur die Andeutung, daß es die deutsche Sendung ist, Mitteleuropa in Minderheitenrecht und wirtschaftlich vernünftig ausgebautem Nachbarrecht zu organisieren als ein Kraftfeld friedlicher Aufbauarbeit?! Wer nicht für seine Ziele wirbt, wer über sie in unseliger Bescheidenheit hinweggeht, über den wird die Entwicklung selbst hinweggehen. Mut zum Reden, deutscher Michel! Und zu sinnvollem friedlichem Handeln! Auch und gerade wegen der Verständigungspolitik!

Akademische Auslese?

Von Dr. Robert Hagen.

Je weiter wir uns von den Ereignissen der Jahre 1918 und 1919, vom Umsturz in Deutschland und dem Versailler Diktat, entfernen, desto deutlicher treten ihre Auswirkungen in Erscheinung. Das eine sollte ein neues, glücklicheres Deutschland heraufführen, das andere das alte, ruhmreiche für alle Zeiten unmöglich machen. Es besteht also eine gewisse Wechselseitigkeit zwischen beiden Ereignissen, die sich im wesentlichen auf einen gemeinsamen Haß gegen ein nationalbewußtes Deutschland gründet. Und so kommt es, daß bei der Herrschaft der von ihnen ausgehenden Kräfte bisher das deutsche Volk noch keinen Schritt zu ihrer Ueberwindung hat tun können, daß vielmehr Volk und Staat sich einer Krise nähern, deren Ausmaß unübersehbar ist. Zunächst äußerte sich deren Nähe in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die das deutsche Volk in kurzer Zeit in eine ähnliche Erregung versetzt hat wie in den Zeiten der Inflation. Und doch ist die Sachlage grundsätzlich anders. Nur die Hilflosigkeit der regierenden Kreise ist heute die gleiche wie vor sieben Jahren. Dagegen macht sich als ein ganz neuer Faktor eine Jugend bemerkbar, die aber ein Jahrzehnt unter dem Eindruck der neuen Schlagworte von Freiheit, von freier Bahn dem Tüchtigen, von der goldenen wirtschaftlichen Zukunft gestanden hat und sich nun vor einem Trümmerhaufen übermäßig genährter Hoffnung sieht. Sie hat Gebrauch gemacht von den mühelos gebotenen Freistellen der höheren Schulen, ohne innere Berufung ging sie zur Universität, wo sie gleichfalls die Mittel des Staates in ungewöhnlichem Maße in Anspruch nahm, nun steht sie da, gewohnt, von der Allgemeinheit zu fordern — und die Allgemeinheit ist am Ende ihrer Kraft. — Und was noch schlimmer ist: die heute drängen, sind erst der Vortrupp. Hinter ihnen kommen ungezählte Tausende, die noch die höheren Schulen füllen. — Das reiche Deutschland von 1914 hatte nur 73 000 Studenten, das heutige verarmte und verkleinerte jedoch 125 000! Das ist ein Zustand, der den Berliner Universitätsprofessor Dibelius in einer sorgfältigen Untersuchung über die „Ueberfüllung der Universität" im „Deutschen Philologen-Blatt" zu der schmerzlichen Erkenntnis führt: „Der Zudrang zum Studium ist heute nicht, wie das früher der Fall war, ein Zeichen, daß es dem Volke gut geht, sondern, so seltsam dies klingen mag, ein Zeichen der Not." So wird gerade ein großer Teil der Schicht, die durch die Kräfte des Umsturzes hoch gehoben werden sollte, am stärksten von dem Schicksal erfaßt, das aus ihm fließt.

Teils aus einer inneren Folgerichtigkeit. Denn eine große Anzahl der Abiturienten unserer höheren Lehranstalten hatten von sich aus kaum daran gedacht, den Bildungsgang so weit fortzuführen, weil ein inneres Bedürfnis nicht vorlag. Man folgte der bequemen Möglichkeit, vielleicht bot sich doch einmal ein unerwarteter Glücksfall. So war der „Verlegenheitsstudent" da. An sich wäre er nicht die schmerzlichste Zeiterscheinung gewesen, wenn die Wirtschaft und vor allem die Wissenschaft ihn ertragen könnte. Mit bitteren Worten beklagt Dibelius das Vorhandensein dieses Verlegenheitsstudenten, wenn er die für Prüfungen wichtigen Vorlesungen über die Grenzen gefüllt, und Uebungen, die keine sinnfällig praktische Aufgabe erfüllen, veröden sieht, weil die Wissenschaft um ihrer selbst willen infolge des heutigen Zeitgeistes nicht allzu viele Anhänger besitzt. Andererseits wird diese Zahl noch durch eine Auslese herabgesetzt, die von gewissen Berufen geübt wird. So hat sich hinsichtlich der Pädagogischen Akademien, der neuen Lehrerbildungsstätten, der Brauch ausgebildet, damit Angebot und Nachfrage später sich nicht allzu sehr widerstreben, daß nur Abiturienten mit besonders guten Zeugnissen aufgenommen werden. Aehnlich verfahren die freien Berufe. So haben wir jetzt den eigenartigen Zustand, daß in gar nicht wenigen Fällen ein Abiturient nach vergeblichen Bemühungen bei den Pädagogischen Akademien oder Privatbetrieben schließlich zum Hochschulstudium greift, obwohl dieses im ganzen genommen erheblich höhere Anforderungen stellt, als sie den sogenannten „Befähigten" je zugemutet werden. Solchen Widersinn zeitigt die neudeutsche Begabtenförderung.

Es ist verständlich, daß Dibelius die Beseitigung solcher Zustände mit allem Nachdruck fordert. Er glaubt, ihnen durch eine Verschärfung der Reifeprüfung begegnen zu können, die er darin sieht, daß die Primaner der höheren Schulen nicht mehr von ihren eigenen Lehrern, sondern von einer fremden Kommission mit streng zu setzenden Aufgaben geprüft werden. Es ist wahrscheinlich, daß bei diesem Verfahren das jüngst von einer Oberschulrätin im Landtag geprägte Wort von der „Kunst des Durchfallens in einer Reifeprüfung" infolge der bekannten „Examensstücke" wieder hinfällig würde. Ob man aber allein auf diesem Wege zum Ziele kommt, erscheint fraglich. Vielmehr sprechen menschliche und wirtschaftliche Gründe dafür, das Auslesepringip schon früher in Kraft treten zu lassen. Erwägungen sind ja auch bereits an maßgebender Stelle im Gange, zwar nicht aus wirtschaftlichen oder kulturellen Sorgen, sondern weil die Finanznot dazu zwingt. Und hier schafft diese Alleinherrscherin in unserer verfahrenen Zeit vielleicht einmal etwas Gutes. Von selbst zwar wird die von den angeblich allein „sozial" empfindenden Parteien soeben beschlossene, aber in Wirklichkeit nicht soziale Schulgelderhöhung schon „auslesend" wirken, aber das Wesentliche wird doch die höhere Schule selbst leisten müssen, wenn sie ihre Aufgaben von unten herauf wieder strenger faßt. Die Gefahren der sogenannten neuen arbeitsunterrichtlichen Methode für die Erzielung von Leistungen dürften allmählich erkannt sein, daß auch Schulaufsichtsbeamte, wenn sie noch ernst genommen werden wollen, nicht mehr auf den mit ihr verbundenen Mätzchen bestehen und endlich dürfte unter vielen Direktoren auch die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß die Leistungen ihrer Anstalt nicht von der größeren Zahl der Schüler, sondern von den geistigen Fähigkeiten abhängen, beides Erwägungen, die ohne behördliche Maßnahmen ganz von selbst zur Schülerauslese führen und damit die akademische möglich machen, ja, sie sogar bedingen. Und wenn man dazu den altbewährten Grundsatz fügt, keine Freistelle, keine Beihilfe ohne Leistung, dann wird in kürzester Zeit die Ueberproduktion an Abiturienten behoben sein.

Und wieviel Segen würde sich mit solchen Maßnahmen verbinden! Die wirtschaftlichen Vorteile treten so deutlich hervor, daß sie nicht erst groß erörtert werden brauchen, nachdem anfangs das wirtschaftliche Problem so nachdrücklich behandelt worden ist. Unmittelbar wie mittelbar sind die Ersparnisse ganz bedeutend. Und alle Schularten könnten in ihrem inneren Wert gewinnen. In erster Linie die Volksschule, die nicht mehr in der Weise ausgekämmt würde, wie das jetzt geschieht, wo sie in den größeren Stätten kaum noch eine Oberstufe besitzt. Sie könnte wieder durch ihre geschlossene Bildung die Stätte werden, die den notwendigen Bedürfnissen entspricht und zugleich den später reifenden Kindern den Weg zur Aufbauschule ebnet, falls diese eine weitergehende Bildung erstreben. Die höheren Schulen könnten sich, besonders in ihren grundständigen Formen, wieder mehr auf ihre geistigen Aufgaben besinnen, wenn ihre Klassen wieder kleiner, die Schüler aber leistungsfähiger wären. Bei solcher Sachlage würde der seit 1924 an ihrer Lehrerschaft betriebene Raubbau auch einmal aufhören. Denn lange lassen sich die gegenwärtigen Verhältnisse sowieso nicht mehr halten, da der Gesundheitszustand der Philologen sichtlich nachläßt. Den letzten und größten Nutzen hat bei dieser Entwicklung die Universität. Ihre Ueberfüllung wird schwinden, sie kann ihrem wissenschaftlichen Beruf, der zugleich Kulturberuf des Volkes ist, wieder nachkommen. Zeit zum Beschreiten dieses Weges wird es, wie die allseitigen Klagen beweisen. Deshalb finde man den Mut, sich von der Phrase der Begabtenförderung zu lösen, wo es sich doch nur um ein Bekenntnis zur Mittelmäßigkeit handelt.

Unverrückbare Grundlagen.

Wir bringen folgenden, zweifellos recht interessanten Aufsatz zum Abdruck, auch wenn wir in wesentlichen Punkten anderer Meinung sind. — Die Schriftltg.

Wenn in England, Nordamerika und anderen Industrieländern die gleiche, ja, noch größere Arbeitslosigkeit herrscht, als in Deutschland, so liegt es nahe, jene Erscheinung hier wie dort auf die gleichen Ursachen zurückzuführen. Zwar wird hin und wieder auf die hohen Kriegslasten als Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen, aber diese geben doch eigentlich nur eine Erklärung für den im Verhältnis zu anderen Länder niedrigeren Lebensstandard des Volkes, können aber den Notstand, wie er sich in der anhaltenden Arbeitslosigkeit ausdrückt, nicht erklären, denn niedriger Lebensstandard bedeutet Mangel an Verbrauchsgütern, der doch nur durch Arbeit beseitigt werden kann. Große Teile des Volkes sehen darum in einer verkehrten Wirtschafts- und Finanzpolitik die Ursache des heutigen Notstandes. Immer und immer wieder ist in letzter Zeit in Artikeln des „Aufwärts" auf die Rationalisierung hingewiesen,weil man ganz richtig erkennt, daß hierbei Fehler gemacht worden sind. Die in Nr. 141 des „Aufwärts" von H. gebrachten Ausführungen über „Rationalisierung" veranlaßten mich, mich zu diesem Thema zu äußern. Wenn in dem angeführten Aufsatz ausgeführt wird, daß die Rationalisierung eine vermehrte Produktion zum Ziele hat, daß diese allen Verbrauchern, insonderheit auch den Arbeitern zugute kommen soll, daß das aber nicht geschehen ist, weil sie auf halbem Wege stecken geblieben ist, so stimme ich dem bei. Nicht ganz klar sind die Ausführungen betreffend die bei der Rationalisierung gemachten Fehler, ferner habe ich ganz wenig Vertrauen zu der möglichen Durchführung der praktischen Vorschläge.

Der schwache Punkt in den Ausführungen des H. ist, daß übersehen wird, daß ein Teil der aus den rationalisierten Betrieben hervorgegangenen Gütermenge erst die Form von Kapital annehmen muß, ehe er den ausscheidenden Arbeitern zuteil werden kann. Nehmen wir an, ein Betrieb mit einer Belegschaft von 500 Mann rationalisiert sich aus eigenem Vermögen und vermag danach bei gleichbleibender Erzeugung die Belegschaft auf 300 Mann zu vermindern. Die ausscheidenden 200 Mann brauchen in dem Falle nicht beschäftigungslos zu werden, wenn die im Betrieb verbleibenden sich mit dem Verbrauch der früheren Gütermenge begnügen. Der übrigbleibende Teil der Produktion kann jedoch nicht auf die alte Weise den ausscheidenden Arbeitnehmern zugänglich gemacht werden, sondern muß erst mobiles Kapital werden, geht alsdann in Lohn über und wird gleichzeitig in produktive Sachwerte umgewandelt. Das ist der springende Punkt, daß der bei solch einem rationalisierten Betrieb infolge Verminderung der Lohnsumme erzielte Mehrgewinn auf keinen Fall zum persönlichen Verbrauch verwendet werden darf, wenn nicht die ausgeschiedenen Arbeitnehmer schwer geschädigt werden sollen. Das ist jedoch in den meisten, ja, man kann sagen, allen Fällen nicht beachtet worden. Es ist begreiflich, daß überall in Betrieben, die infolge der durchgeführten Rationalisierung steigende Mehrgewinne hatten, die Arbeitnehmer Ansprüche an den Mehrgewinn in Form von Lohnerhöhungen stellten und durch Schiedsspruch auch erhielten. Berücksichtigt man das verhältnismäßig recht niedrige Existenzminimum der meisten Arbeitnehmer, zieht man weiter in Betracht, daß den meisten der klare Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge fehlte und sich darum der Verantwortung für ihre Berufsgenossen darum nicht bewußt waren, so ist es wohl so gewesen, daß die bewilligten Mehrgehälter und Löhne der Kapitalbildung verloren gingen. Ein Aufheben des Mehrgewinnes zugunsten der freigewordenen Arbeitnehmer konnte nur erwartet werden, wenn er ausschließlich dem Unternehmer zufiel, insbesondere dann, wenn dieser bereits vordem so gestellt war, daß er sein Einkommen nicht verbraucht hatte. So ist der Fehler in der bisherigen Lohnpolitik aufgedeckt, wofür in erster Linie die bisherigen Arbeitsminister verantwortlich zu machen sind. Zu ihrer Entschuldigung will ich gelten lassen, daß auch sie die dargelegten Zusammenhänge nicht erkannt haben und bei ihrer parteipolitischen Einstellung auch gar nicht erkennen konnten. Die Begründung eines Schiedsspruches, daß eine Lohnerhöhung für den Betrieb tragbar sei, wie wir sie nur zu häufig gelesen haben, ist grundfalsch. Nicht darauf kommt es an, ob der fragliche Betrieb zur Zahlung in der Lage ist, sondern ob für die Gesamtwirtschaft die Lohn-, bezw. Gehaltserhöhung tragbar ist. Der durch die allgemeine Entwicklung begünstigte Betrieb hat die Pflicht, Ueberschüsse hervorzubringen und sie weniger begünstigten zur Verfügung zu stellen. Das gleiche gilt von ganzen Wirtschaftszweigen, die sich der Gunst der staatlichen Wirtschaftspolitik erfreuen. Vermag die Industrie ihren Arbeitern an Lohn etwa das Zwei- bis Dreifache dessen zu zahlen, was die Landwirtschaft ihren Arbeitern zu zahlen in der Lage ist, so muß nicht nur der Industrieunternehmer, sondern auch der Industriearbeiter der Landwirtschaft gegenüber sich verpflichtet fühlen und es möglich machen, daß dieser billige Kredite zur Verfügung gestellt werden können.

Auch die Festsetzung der Gehälter und Löhne im staatlichen Betriebe hat vom Gesichtspunkt der Kapitalbildung aus zu geschehen. Die höheren Beamten haben nicht klug getan, die Ablehnung des Notopfers damit zu begründen, daß ihre bisherigen Bezüge zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes durchaus nötig seien. Darüber könnte man glatt zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht etwas anderes, das in der Begründung nicht angeführt wird, ins Gewicht fiele, nämlich, daß diese Beamtengruppe stark an der Kapitalbildung beteiligt ist. Eine Sonderbesteuerung ausgerechnet dieser hohen Gehälter wäre somit das Verkehrteste, was man tun könnte, es käme dann lediglich auf eine Versteuerung von produktivem Kapital und Umwandlung desselben in Arbeitslosenunterstützung hinaus. Man versteht bei gewissen oberen Stellen anscheinend nicht, welchen Sinn die ziemlich weitgehende Abstufung der Einkommen in der kapitalistischen Wirtschaft hat. Freilich ist es nicht gleich, welche Menschen diese hohen Einkommen besitzen. In der kapitalistischen Wirtschaft ist man sich ohne weiteres klar, daß nicht alle Menschen in gleicher Weise zur Kapitalbildung geeignet sind. In der freien Wirtschaft bildet sich von selbst ein System heraus, das die Auslese für den sozialen Aufstieg trifft und die Ueberschüsse den berufenen Stellen zufließen läßt. In diesem System bilden Rente und Zins eine wichtige Rolle, sie sind die Mittel, die es den Berufenen ermöglichen, ihre im Interesse der Allgemeinheit so wichtige Aufgabe zu lösen. Wiederherstellung der Sachwertrente bedeutet Bildung von Kapital und somit Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das bezeichnete System steht im schärfsten Gegensatz zum demokratischen Grundsatz der Gleichheit, wie er im allgemeinen aufgefaßt und angewendet wird. Seiner Auswirkung sind die schlimmsten Verheerungen in Staat und Wirtschaft zuzuschreiben. Unterschiede zwischen den Menschen bestehen nach heutiger Auffassung nur hinsichtlich der Verstandeskräfte. „Freie Bahn dem Tüchtigen", d. h. dem Klugen, dem Schlauen. Danach vollzieht sich der soziale Aufstieg. Das war früher anders. Die Begabung des Jungen war früher nicht allein entscheidend, sondern die sittlichen Qualitäten, die er von seinen Eltern mitbekommen hatte und die diese durch das Vorhandensein von Besitz nachgewiesen haben mußten. Besitz galt als Beweis für harte unermüdliche Arbeit und freiwilliges Aufsichnehmen von Beschwerden und Entbehrungen. Diese Eigenschaften bildeten die unverrückbare Grundlage der Wirtschaft, sie verbürgten den staunenswerten wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands in der Vorkriegszeit. Die soziale Schichtung der Vorkriegszeit war etwas organisch Gewachsenes, die heutige Ordnung zum Teil willkürlich hervorgebracht. Man kann die heutige Not somit als eine Folge der hauptsächlich durch die Inflation bewirkten Umschichtung ansehen. Daß die Männer, die diese Umschichtung mit Vorbedacht herbeiführten, heute noch immer eine Rolle spielen, ist ein Beweis für den im allgemeinen geringen politischen Sinn des deutschen Volkes.

Zur Behebung der heutigen Not, die eine Not der Erwerbslosen ist, werden alle Opfer bringen müssen. Haben die zu treffenden Maßnahmen Bildung von Kapital zum Zweck, so wäre es ein Widersinn, ausschließlich oder in der Hauptsache die Schichten zu einem Notopfer heranzuziehen, von denen man vor allem die Ansammlung von Kapital erwartet, vielmehr werden Notopfer auch von den Berufsständen gefordert werden müssen, die fast gar nicht oder nur in geringem Maße an der Kapitalbildung beteiligt sind, das sind die Schichten mit geringem Einkommen, wozu Arbeiter, Angestellte und Beamte gehören in der freien Wirtschaft sowohl als in Staats- und Kommunalbetrieben. Diese Erkenntnis mag schmerzlich sein, es hat aber keinen Zweck, sich ihr zu verschließen. In der Vorkriegszeit waren Gehalts- und Lohnkürzungen zur Ankurbelung der Wirtschaft meist von geringer Dauer und machten gewöhnlich einem kräftigen Anstieg Platz. Von dem geplanten Notopfer muß eine gleiche Wirkung erwartet werden. Die große Masse der Erwerbslosen wird nach und nach in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Daß die dann vermehrte Produktion allen Schichten, vor allem auch den unteren zugute kommen wird, ist gewiß.

R. Z.

Zurück aufs Land!

Der Evangelische Bahnhofsdienst, der vor einigen Jahren von der Gesellschaft für die männliche Jugend in einer Anzahl von größeren Städten eingerichtet wurde, hat mit der Rückleitung der männlichen Jugend aufs Land einen volkswirtschaftlich sehr wertvollen Weg beschritten. Die von dem Evangelischen Bahnhofsdienst seit Jahren an die Jugend gerichteten Warnungen vor unbesonnenem Zuzug nach der Großstadt hatten nicht die erwartete Wirkung. Im vergangenen Jahre meldeten sich in der Wohlfahrtsstelle des Landesjugendamtes der Stadt Berlin z. B. noch 10 934 Jugendliche als hilfsbedürftig. Der Evangelische Bahnhofsdienst in Berlin, der unter der Leitung von Domprediger D. Richter steht, empfängt nun durch seine 14 Bahnhofsfürsorger die ankommenden Jugendlichen auf den Fernbahnhöfen Berlins und geleitet sie nach einem zu diesem Zwecke eingerichteten „Jugendhof". Von hier aus werden die Jugendlichen dann mit Hilfe der amtlichen Stellen und durch den behördlich anerkannten Stellennachweis des Evangelischen Bahnhofsdienstes dem Erwerbsleben — meist auf dem Lande — zugeführt, oder den Erziehungsberechtigten übergeben. Für den Ausbau dieser Rückleitungsbestrebungen hat der Bahnhofsdienst im Berliner Norden ein Wohnhaus mit Fabrikgebäuden erworben und ist im Begriff, es für seine Zwecke umzuwandeln. Man hofft seitens des Bahnhofsdienstes auf das Verständnis und die Mitwirkung aller Volkskreise bei diesem sozialen Volksdienst. Anfragen wegen jugendlicher Arbeitskräfte aller Art sind zu richten an den Stellennachweis des Evangelischen Bahnhofsdienstes, Berlin N 54, Sophienstraße 19.

Durch Ankole und Uganda.

Von E. Ronicke.

1. Reisevorbereitung.

Alte Afrikaner erzählen mit besonderer Vorliebe von den Märschen, auf denen sie früher Afrika durchzogen haben. Wochen- oder gar monatelang ging es da zu Fuß durch Steppen und Wälder, über Bergeshöhen und sumpfige Täler. Das Gepäck wurde von den im Gänsemarsch auf schmalem Pfade marschierenden Trägern von Rastplatz zu Rastplatz geschleppt. Der Tropenregen durchnäßte die Wanderer schnell bis auf die Haut, oder die heiße Sonne ließ den Schweiß in Bächen rinnen. Das war das alte Afrika, das Land der Romantik.

Wohin ist heute selbst im inneren Afrika die Romantik geraten, im Zeitalter des Autos? Daß sie noch immer da ist, werden, so denke ich, die Leser dieser Blätter aus der folgenden Schilderung entnehmen. Ja, sie ist noch da, trotz des Autos, vielleicht sollte ich lieber sagen: gerade wegen des Autos.

Das Auto vertritt heute die Träger. Darum gehörte es zu den wichtigsten Vorbereitungen, daß mein gutes Safariauto in guten Stand gesetzt wurde. Ehe die Reise angetreten wurde, mußte es noch einmal gründlich durchgesehen, ausgebessert und gereinigt werden. Wohl kam es am Ende unserer Reise entsetzlich schmutzig, verstaubt und beschmiert zurück. Aber es hat uns unterwegs nicht ein einziges Mal im Stiche gelassen und so sich aufs trefflichste bewährt.

Daß die Wege schlecht, sogar sehr schlecht sein würden, wußten wir. Fuhren wir doch am Ende der Regenzeit los. Um so wichtiger war es, unser Auto so wenig wie möglich zu belasten. Das Gepäck mußte auf das allernotwendigste beschränkt werden. Es war auch so noch genug, was mitgenommen werden mußte. Wir waren zwei Mann, unser Landwirt Rascher und ich, die miteinander auf die Reise gingen. Jeder hatte in einem Blechkoffer, was er an Anzügen, Wäsche, Schuhen, Schreibsachen usw. brauchte. Jeder hatte auch sein Feldbett bei sich und einen Sack mit Decken und Bettzeug. Drei große Säcke bargen unser Zelt mit seinen Planen, Stangen und Zeltstöcken. Zwei weitere Kisten enthielten unsere Lebensmittel: Reis und Fleisch, Brot und Butter, Käse und Marmelade, Zwieback usw. Zwei Kisten enthielten Tins mit Petroleum, die Speise für unser Auto, denn in der menschenleeren Steppe kann man nirgends tanken. Ein paar kleine Kisten enthielten Geschenke für unseren Freund, den wir in Ruanda zu treffen hofften. Zwei Blechtins sollten das Wasser tragen, das wir für den Kühler unseres Autos brauchten. Unser schwarzer Helfer Joel hatte natürlich auch eine kleine Kiste mit seinen Habseligkeiten mit sich. Dazu kamen noch allerhand Kleinigkeiten: zwei Sturmlaternen für die Nacht, der Petroleumkocher, Decken und Mantel, endlich noch ein paar Bretter und Stangen, Spaten und Hacke, um das Auto wieder flott machen zu können, wenn es stecken blieb.

Man sieht, es ist doch ein Unterschied, ob man in Deutschland mit dem Auto von einer Stadt zur andern fährt, oder ob es in Afrika durch die Steppe geht. Da ist vielerlei zu bedenken und vorzubereiten. Glücklich waren wir auf unserer Reise, daß wir nichts wesentliches vergessen hatten.

Zu den Vorbereitungen gehörte auch die Besorgung der Papiere, die wir für den Grenzübergang in das belgische Mandatsgebiet Ruanda, unser Reiseziel, brauchten. Der belgische Konsul in Nairobi hatte in unsere Pässe das Visum eingetragen. Der deutsche Generalkonsul hatte sich in einem Führungszeugnis für unser gutes Betragen in Ruanda verbürgt. Der englische Arzt in Bukoba hatte uns bescheinigt, daß wir körperlich und geistig völlig gesund seien. So ausgerüstet, machten wir uns hoffnungsfreudig auf unsere Fahrt.

2. Ueber den Kagera.

Eine schwierige Aufgabe stand gleich am Anfang. Es galt über den Kagera, den Quellfluß des Nil, zu kommen. Das war darum nicht so einfach, weil vor ihm ein meilenweiter Sumpf sich ausbreitet. Am Tage vor unserer Abfahrt erzählte uns jedermann in Bukoba, daß im Kagerasumpf drei Autos festsäßen, ohne weiterkommen zu können. Wir fanden zwar keines der Autos vor und doch war das Gerücht nicht ohne Wahrheit: es schilderte eindringlich und richtig genug den Zustand der Straße.

Ein aufgeschütteter Damm führt durch den Sumpf hindurch. Er ist eben nicht viel breiter als er für ein Auto sein muß. In dieser Zeit bestand nun keine Gefahr, einem anderen Auto zu begegnen. Jeder, der nur irgend konnte, vermied jetzt hindurchzufahren. Seit Wochen hatte es ja fast täglich geregnet mit einer Wucht und Ausdauer, wie sie nur in Afrika möglich ist. Das Wasser im Sumpf war immer höher gestiegen. An vielen Stellen überflutete es den Damm, daß beim Durchfahren des Wagens eine richtige Wasserkunst vor ihm entstand. Die tiefen Furchen, die früher gefahrene Wagen in den Damm gerissen hatten, standen alle voll schmutzigen Wassers und dicken Schlammes.

Die Gefahr, hier rettungslos sitzen zu bleiben, war so groß, daß wir mit großem Dank das Anerbieten unseres Missionsarztes Dr. Kroeber annahmen, uns bis zum Kagera zu begleiten. So hatten wir eine richtige kleine „Hilfsexpedition" bei uns. Wir fuhren mit unserem Wagen voran. Der Doktor folgte mit seinem leichten Wagen, in dem er Bretter und Hebebäume, dazu etwa 6 bis 8 Mann mit sich führte.

Die schwarzen Autoführer entwickeln eine Kunstfertigkeit, die ich schon oft hier in Afrika bewundert habe. Sie verstehen es, auch in rascher Fahrt all die vielen Löcher auf den Straßen kunstvoll zu vermeiden. Wo tiefe Furchen in die Straßen gerissen sind vom fließenden Wasser oder von schweren Wagen, da fahren sie auf den schmalen Erhöhungen zwischen diesen schlammgefüllten Furchen mit unübertrefflicher Geschicklichkeit dahin. Hier aber im Kagerasumpf hilft alle solche Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit nichts. Ganz langsam mußte gefahren werden und der Weg war genau vorgezeichnet. Die Räder mußten immer durch dieselbe Furche und durch dieselben Löcher, durch die schon früher andere Wagen gefahren waren. Jedes Ausweichen aus dieser einen Fahrtlinie brachte bei dem völlig durchnäßten, schlüpfrigen und nach

Wann wird die Saar frei?

— Berlin, 3. Juli.

 # Die französischen Zeitungen sind unzufrieden; sie hatten ihren Lesern selbstgefällig die Räumung des Rheinlandes so dargestellt, als handele es sich hierbei um einen Akt der „traditionellen" Großmut Frankreichs. Und nun bleibt der Dank aus. Ja, nicht nur das, bei allen Freiheitsfeiern am Rhein ist unterstrichen worden, daß der Rhein auch nach dem Abzug der Franzosen bedroht bleibt und daß ohne die Rückgabe des Saarbeckens z. B. Deutschland auch rein äußerlich noch nicht völlig frei ist!

In Deutschland hat man für die in Paris aufkommende Stimmung der „Enttäuschung" kein Verständnis. Wenn Frankreich mit der Räumung des Rheinlandes Dank ernten wollte, dann hätte die letzte Trikolore am Rhein viele Jahre früher niedergehen müssen; keinesfalls aber hätte die französische Regierung die Freigabe des Rheins zum Anlaß nehmen dürfen, um Deutschland neue, schwerste Opfer zuzumuten. Der Dank Deutschlands muß daher auf die Bevölkerung des Rheinlandes begrenzt bleiben, die weder durch Zuckerbrot noch durch die Reitpeitsche in ihrer Treue zum Vaterlande wankend geworden ist.

Die Räumung des Rheinlandes ist somit politisch zu spät erfolgt; wird es mit der Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ebenso gehen? Es ist jetzt an der Zeit, auszusprechen, daß die deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris, die trotz ihrer mehr als sechsmonatigen Dauer auch nicht das geringste Ergebnis gezeitigt haben, in Deutschland tiefste Beunruhigung hervorgerufen haben.

Frankreichs Unterhändler haben anscheinend strikte Anweisung, nur dann eine Rückgabe des Saargebietes vor der im Versailler Vertrag auf 1935 angesetzten Volksabstimmung zuzustimmen, wenn Deutschland dieses Entgegenkommen dreifach bezahlt. Ziel Frankreichs ist dabei, das Saargebiet, dessen Angliederung an Frankreich politisch gescheitert ist, der französischen Wirtschaft als Kohlen- und Absatzmarkt zu erhalten.

Dazu ist zu bemerken, daß Deutschland — selbstverständlich einschließlich des Saargebietes — gegen die Unterhaltung natürlicher Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreichs nichts einzuwenden hat. Ganz unmöglich aber ist das französische Verlangen, eine wirtschaftliche Verstrickung des Saarbeckens mit Frankreich zu „berücksichtigen", die einfach nicht vorhanden ist. Es ist deshalb sinnlos, das Projekt Frankreichs, nachdem das Saargebiet politisch zwar zu Deutschland gehört, von Frankreich aber nicht durch eine Zollgrenze getrennt werden soll, überhaupt einer Erörterung zu würdigen. Ein solches Saar-Gebilde würde nur zu bald ein Herd von Konflikten werden, zudem — nur das genügt schon allein — bäumt sich unser Nationalgefühl gegen ein derartiges Kompromiß auf.

Die Durchsetzung seiner phantastischen Ziele erhofft Frankreich von der Methode der Zermürbung der deutschen Delegation. Das ist eine Taktik, der gegenüber sich die deutsche Abordnung auf die Dauer nicht darauf beschränken kann, dem französischen Verlangen ein klares Nein entgegenzusetzen; schließlich muß auch mal mit einer Verhandlungsgrundlage gebrochen werden, auf der man trotz aller Bemühungen auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist. Nach Ostern verkündete uns zwar ein Communiqué eine „Beschleunigung" des Verhandlungstempos, bisher aber ist von einer solchen Beschleunigung nichts zu verspüren gewesen.

Um Klarheit zu schaffen, sollten die deutschen Unterhändler in Paris daher Frankreich vor die Entscheidung stellen, ob es die Fortdauer der Konferenz und zu diesem Zweck eine Aenderung der Verhandlungsgrundlage will. Voraussetzung für ein weiteres Verbleiben der deutschen Delegation in Paris müßte dann sein, daß Frankreich klipp und klar das Hoheitsrecht Deutschlands über die saarländischen Gruben und Kohlenlager vorbehaltlos anerkennt. Man beachte, daß inzwischen auch die Londoner „Times" zugestanden hat, daß die Voraussetzungen für eine frühere Rückgabe des Saargebietes bereits erfüllt sind und Frankreich auf die saarländische Kohle als Ersatz für die zerstörten Gruben in Frankreich nicht mehr angewiesen ist.

Eines Aktes der „Großmut" Frankreichs bedarf es zur Lösung der Saarfrage nicht; ohne Sinn für Recht und Billigkeit wird es allerdings nicht ganz abgehen.

---

den Seiten abfallenden Boden die Gefahr, mit dem ganzen Wagen in den Sumpf zu rutschen. Wie die Eisenbahn an ihre Gleise gebunden ist, so waren es auch wir hier. Nur waren unsere Gleise leider nicht so schön glatt und gerade. Unser Auto schwankte und wankte wie ein Boot im Sturm. Wir wurden hin und her geschüttelt und gerüttelt. Hätten wir nicht unsere Lasten mit starken Seilen festgebunden, es wäre alles durcheinander gestürzt. So ging es langsam, aber stetig voran, bis wir plötzlich festsaßen. Aber bald hatte uns unsere Hilfsmannschaft wieder weitergestoßen und gezogen. Die Fahrt konnte weiter gehen. Doch immer wieder gab es neuen Aufenthalt. Natürlich kam auch das Auto des Doktors nicht glatt durch den Sumpf. Es hatte ja sogar den schweren Teil: es mußte immer durch die eben von unserm schweren Wagen neugepflügten Gleise fahren. So hatten wir es bald ganz aus der Sicht verloren. Irgendwo hinter uns steckte es fest. Schon erzählten uns die Leute, die uns entgegenkamen, daß der Weg bald besser würde, als plötzlich unser Auto auch nicht mehr weiter kam. So tief war es eingesunken, daß die Achsen auf der Straße aufsaßen. Da mußten dann erst die Lasten abgeladen werden, um die Schwere des Wagens möglichst zu vermindern. Dann ging es ans Heben. Die Straße wurde abgegraben, bis ein Brett seitlich an das Hinterrad gelegt werden konnte. Das diente dann als Unterlage für die Winde, die nun Zentimeter für Zentimeter den Wagen hob. Wieder wurde gegraben: diesmal unter dem gehobenen Rad, bis ein dickes Brett untergeschoben werden konnte. Dann wurde dasselbe auf der anderen Seite gemacht. Nach langer Arbeit war so eine feste Unterlage für die Räder geschaffen. Mit aller Kraft ging es dann aus dem Loch hinaus. Gerade als wir die Lasten wieder aufgepackt hatten, kam der Doktor zu Fuß an. Er war froh, als wir ihn in Gnaden entließen, weil vor uns die Straße besser wurde. Auf ihr kamen wir auch richtig bis zum Fluß. Für einen Weg, den man sonst in 1½ Stunde zurücklegt, hatten wir den ganzen Vormittag gebraucht. Und doch priesen wir uns noch glücklich. Wir hätten leicht noch schlimmer festsitzen können. (Fortsetzung folgt.)

Mussolini für Räumung

schon im Jahre 1923.

— London, 3. Juli.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph kommt noch einmal auf die Räumung des Rheinlandes zurück und erwähnt dabei eine bemerkenswerte, der Oeffentlichkeit bisher nicht bekanntgewordene Tatsache.

Danach hat der italienische Ministerpräsident Mussolini im März 1923, wenige Wochen nach dem französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet, in Mailand mit dem damaligen belgischen Außenminister Jaspar eine Konferenz gehabt, in der er ein Programm aufstellte, das die völlige Räumung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, die Festsetzung der deutschen Reparationsschuld auf 50 Milliarden Mark unter Bewilligung eines Teil-Moratoriums für vier Jahre, die Auflegung deutscher Anleihen auf den Geldmärkten der Welt sowie die Einführung einer gewissen Beaufsichtigung der deutschen Finanzpolitik vorsah.

Jaspar soll sich mit diesem Vorschlag im großen und ganzen einverstanden erklärt haben. Mussolini habe darauf seinen Vorschlag durch den italienischen Botschafter in London auch der englischen Regierung unterbreiten lassen. Diese sei aber wegen der Rückwirkungen solcher Vorschläge auf Poincaré und die öffentliche Meinung Frankreichs besorgt gewesen. Infolge davon sei schließlich auch Belgien schwankend geworden. So sei aus Mussolinis kühnem Plane nichts geworden.

Bestimmend für den Vorschlag Mussolinis, so schreibt der Daily Telegraph, sei die Besorgnis gewesen, Italien würde wegen des deutschen passiven Widerstandes im Ruhrkampf keine Reparationskohle mehr erhalten. Ferner habe er befürchtet, daß die französischen Nationalisten darauf bestehen würden, das Ruhrgebiet und das Rheinland dauernd in der Hand zu behalten, um eine militärische und industrielle Oberherrschaft über Europa zu erlangen.

*

Italien zur Saar-Krisis.

— Rom, 3. Juli.

Die italienischen Zeitungen veröffentlichen seitenlange Schilderungen der deutschen Befreiungsfeiern und betonten dabei, daß eine „friedliche" Wiederbesetzung deutschen Gebietes unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben muß. Die Rheinlandräumung wertet die italienische Presse vorwiegend als eine Etappe im historischen Entwicklungsprozeß, die aber keine neuen Gesichtspunkte bringt. Entscheidend sei, ob nach dem Abzug der Franzosen vom Rhein die Saarfrage eine baldige Lösung finden werde.

Hindenburg an das Saargebiet.

Reichspräsident von Hindenburg hat das ihm nach der Treue-Kundgebung in Saarbrücken übersandte Huldigungstelegramm wie folgt beantwortet:

„Den deutschen Männern und Frauen des Saargebiets danke ich für das mir in der Stunde der Befreiung von Rheinland und Pfalz ausgesprochene Gelöbnis unbedingter Treue zum Reich. In dankbarer Anerkennung der bisherigen Haltung der Saarbevölkerung nehme ich diese Versicherung mit großer Befriedigung und in der sicheren Zuversicht entgegen, daß die Saarländer in ihrer vaterländischen Treue niemals wanken werden. Mit Ihnen allen hoffe ich, daß nun auch bald für die Saar die Freiheitsstunde schlagen wird.

Oesterreichs Glückwünsche.

Feier im Nationalrat.

Der Präsident des Nationalrats Deutsch-Oesterreichs, Dr. Gürtler, gab in der letzten Sitzung eine Erklärung ab, in der er dem Rheinland die Glückwünsche des Nationalrats zur Befreiung aussprach. Präsident Dr. Gürtler führte u. a. aus:

Wir Oesterreicher, die wir uns der Bevölkerung des Rheinlandes vielfach wesensverwandt fühlen, begleiten mit inniger Freude dieses Geschehnis, das für so viele treue Volksgenossen und frohgemute Menschen die Erfüllung eines heißersehnten Wunsches bedeutet.

Die Kraft, die der Freude innewohnt, möge das deutsche Volk stärken zur Bewältigung des dornenvollen Weges, den es noch vor sich sieht und ihm die schweren Lasten tragen helfen, die ihm aufgebürdet sind, bis es erstarkt und gefestigt nicht nur zu eigenem Nutz und Frommen, sondern auch zum Wohle und Gedeihen aller Völker Europas den ihm gebührenden Platz als freies Volk erhält.

Oesterreichische Rheinlandfahrt.

Eine Städte-Abordnung überbringt Geschenke. — Glückwünsche des VDA.

In den nächsten Tagen trifft im Rheinland eine Abordnung der österreichischen Städte ein, die dem ehemals besetzten Gebiet Geschenke zum Abzug der Franzosen überbringen wird. Der Sinn dieser Geschenke ist die Betonung der Schicksalsverbundenheit Deutsch-Oesterreichs mit dem Reiche.

Die Vertreter Wiens werden sich nach Aachen begeben, die aus Graz nach Speyer, aus Linz nach Mainz, aus Innsbruck nach Koblenz, aus Salzburg nach Trier, aus Klagenfurt nach Wiesbaden, aus Bregenz am Bodensee nach Kehl und aus Eisenstadt nach Worms.

Der Verein für das Deutschtum im Auslande hat an seine Landesverbände Baden, Bayern, Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau und Mittelrhein folgendes Telegramm gesandt:

In diesen Tagen blickt das gesamte Deutschtum der Welt in Schicksalsverbundenheit und Dankbarkeit auf die treudeutsche und mutige Bevölkerung der von der feindlichen Besatzung befreiten Rheinlande. Der Hauptvorstand des V. D. A. weiß sich eins vor allem mit seinen Landesverbänden an der Westgrenze in der festen Entschlossenheit, die befreiten Gebiete auch durch die Volksschutzarbeit aufs engste mit dem deutschen Gesamtvolk zusammenzuschließen.

*

Befreiungsfeiern aus Anlaß der Rheinlandräumung fanden inzwischen noch in zahlreichen deutschen Auslandsgemeinden statt, so z. B. in Rio de Janeiro und in Schanghai.

Neutralitätbedingt Flottenmacht

Eine preisgekrönte amerikanische Arbeit über den Wert von Verträgen.

— Washington, 3. Juli.

In einer mit einem Preise ausgezeichneten Arbeit des amerikanischen Oberleutnants z. S. Lovette heißt es u. a.:

„Die Rechte der Neutralen im Kriege und die Begriffe „Blockade" und „Konterbande" sind gegenwärtig durch internationale Verträge nicht restlos klargestellt. Die Geschichte lehrt, daß große Seemächte im Kriege ihre eigenen Anschauungen stets anderen aufgezwungen haben, wenn es galt, ihrer Politik Nachdruck zu verleihen, denn im Kriege herrscht das Nützlichkeitsprinzip.

Ueber die Freiheit der Meere gibt es keine allgemein anerkannte Definition. Es liegt auf der Hand, daß kleine Mächte niemals starken Mächten gegenüber eine Entscheidung darüber werden fällen können, wie und wo sie Handel treiben, es sei denn, daß eine hinreichend starke Koalition zustande gebracht werden kann. Ein großer Handelsstaat mit schwacher Seemacht sollte sich darüber klar sein. Die Vereinigten Staaten haben, wenn sie selbst Krieg führten, niemals die völlige Freiheit der Meere zugegeben, die sie als Neutrale verlangen. Ein neutrales Land braucht Seemacht!"

Aehnlich urteilt „Naval and Military Record" im Leitaufsatz, der von der Undurchführbarkeit der Bestimmungen über die Vermenschlichung des Ubootkrieges handelt: „Im Frieden abgeschlossene Verträge", so schreibt das Blatt, „sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind, wenn sie die Hände eines um sein Leben ringenden Volkes binden."

Jagd auf Separatisten in Mainz.

— **Mainz**, 3. Juli. Seit etwa 10 Uhr abends ist die Stadt Mainz in großer Aufregung. Verschiedene Trupps in Stärke von etwa 100 bis 150 Mann ziehen durch die einzelnen Stadtteile und machen Jagd auf Separatisten. Trotz des sofortigen Einsetzens von Polizei gelang es ihnen, die Wohnungen einzelner Separatistenführer, die in der Separatistenzeit eine besonders große Rolle gespielt haben, zu erreichen und teilweise zu zerstören. Die Separatisten selbst konnten nicht erreicht werden, da sie zum Teil die Stadt verlassen haben, zum Teil aber von der Polizei vorher in Schutzhaft genommen worden waren. Die Verfolgungen dauern noch an. Die Polizei ist noch nicht Herr der Lage.

Nur noch ein Hochofen im Osten.

Weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Oberschlesien.

— Beuthen, 3. Juli.

Infolge der außerordentlich schlechten Absatzverhältnisse in allen Zweigen der Eisenindustrie ist die Julienhütte in Oberschlesien, wie das Werk mitteilt, zu erheblichen Betriebseinschränkungen gezwungen. Es sei unmöglich, noch weiter auf Lager zu arbeiten, da die Vorräte an Roheisen außergewöhnlich groß sind, sind, während der Bedarf der weiterverarbeitenden Betriebszweige nur gering ist. Die Herstellung von Roheisen müsse möglicherweise in absehbarer Zeit ganz stillgelegt werden.

Das Werk sieht sich gezwungen, den einen seiner beiden Hochöfen, die noch im Gange sind, in der nächsten Zeit stillzulegen. Auch der zweite Hochofen werde stillgelegt werden müssen, wenn nicht bald eine erhebliche Besserung der Absatzlage eintritt. Dann kommt es dazu, daß in der gesamten oberschlesischen Industrie kein einziger Hochofen mehr in Betrieb ist.

Die Zahl der Arbeiter, die jetzt zur Entlassung kommen sollen, beträgt 350, die der Angestellten 50. Die beabsichtigte Stillegung ist bereits der zuständigen Behörde angezeigt.

Auch diese Meldung erinnert wieder an die Not des durch die willkürliche Grenzziehung schwergeschädigten deutschen Ostens.

Amnestiegesetz angenommen.

Mit Zweidrittelmehrheit. — 290 Stimmen für, 135 gegen das Gesetz.

— Berlin, den 2. Juli 1930.

Den wichtigsten Verhandlungspunkt der heutigen Reichstagssitzung bildete die dritte Lesung des Gesetzes über einen Straferlaß aus Anlaß der Rheinlandräumung. Zuvor hatte der Reichstag verschiedene kleinere Vorlagen erledigt und das Zusatz-Protokoll zum deutsch-holländischen Zollvertrag und den vorläufigen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien dem Ausschuß zur Weiterberatung überwiesen. Die Christlich-nationale Bauernpartei kündigte dabei durch den Abgeordneten Sybel die Ablehnung des Zusatz-Protokolls zum Zollvertrag mit Holland wegen des darin enthaltenen niedrigen Kartoffelzolls an.

In der Schlußabstimmung, vor der es noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam, wurde das Amnestiegesetz in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 135 Stimmen endgültig und zwar mit Zweidrittelmehrheit, angenommen. Gegen das Gesetz hatten nur die Sozialdemokraten gestimmt.

Bei der dritten Beratung des Amnestiegesetzes sprach als erster Abgeordneter **v. Lindeiner-Wildau** (Christl.-Nat.). Redner führte aus, es sei jetzt im historischen Augenblick der Rheinlandbefreiung angebracht, mit der Verfolgung der Feme-Verurteilten aufzuhören. Diese Leute, deren Taten keineswegs gebilligt werden sollen, hätten sich bei ihrem Tun von Vaterlandsliebe leiten lassen. Die jetzige Amnestie müsse allerdings die letzte sein.

Reichsjustizminister Dr. Bredt

erklärte eine allmähliche Ueberleitung zu den Grundsätzen des kommenden neuen Strafrechts für wünschenswert. Irgendeine Einwirkung der Regierung auf das Reichsgericht sei aber nicht möglich.

Der sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Radbruch habe bei der Verabschiedung eines früheren Amnestiegesetzes erklärt, ein solches Gesetz habe nicht verfassungsändernden Charakter. Sollte heute die verfassungsändernde Mehrheit nicht erreicht werden, so werde das Reichsjustizministerium prüfen, ob eine solche Mehrheit überhaupt erforderlich sei.

Abg. D. **Kahl** (D. Vp.) schloß sich dem Wunsch des Reichsjustizministers an.

Aufsehen erregte eine durch den Abg. **Torgler** (Komm.) abgegebene kommunistische Erklärung, nach der auch die Kommunisten diesem, bisher von ihnen bekämpften Gesetz, zustimmen wollen.

Abg. **Landsberg** (Soz.) erinnerte an die kommunistischen Reden im Ausschuß und folgerte daraus auf einen Umfall der Kommunisten.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde dann die Aussprache geschlossen. Es folgte die oben wiedergegebene Schlußabstimmung.

Alsdann wandte sich der Reichstag der zweiten Lesung des Versorgungsetats zu.

Abg. **Rißmann** (Soz.) erklärte, die Zahl der Versorgten sei von 1 550 000 im Jahre 1920 auf 830 000 zurückgegangen.

Nach kurzen Bemerkungen eines Zentrumsredners und eines Kommunisten wurden die Beratungen auf Donnerstag 3 Uhr vertagt.

Genossenschaftstag in Stuttgart.

Erste Hauptversammlung des neugegründeten landwirtschaftlichen Einheitsverbandes.

Der im Februar neugegründete Einheitsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften trat am heutigen Donnerstag in Stuttgart zu seiner ersten Hauptversammlung zusammen.

Landesökonomierat Hohenegg-München, einer der Präsidenten des Reichsverbandes, hielt die Begrüßungsansprache und skizzierte darin die gegenwärtige, nach wie vor ernste Lage der Landwirtschaft. Reichsminister a. D. Dr. Hermes behandelte die Aufgaben und die Stellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Im Anschluß daran erstattete Regierungsrat Gennes einen Bericht über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in den Jahren 1929 und 1930. Am 1. Juli waren danach insgesamt

40 901 landwirtschaftliche Genossenschaften

vorhanden. Die stärkste Steigerung hatten dabei die Molkereigenossenschaften aufzuweisen.

Eine zweite Hauptversammlung des Genossenschaftstages findet am Freitag statt.

Aufsicht über die Sparkassen.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats stimmte den Grundlagen des Gesetzentwurfs über Depot- und Depositengeschäfte zu. Der Entwurf umfaßt u. a. allgemeine Vorschriften über Depot- und Depositengeschäfte, die den Erlaubniszwang beseitigen und an seine Stelle eine Anmeldepflicht setzen. Der zuständigen Behörde bleibt ein Einspruchsrecht vorbehalten. Eine besondere Regelung erfahren die Zweckspargeschäfte wie Kaufsparkassen, Reisesparkassen, Automobilsparkassen, Weihnachtssparkassen. Hier tritt zu den allgemeinen Vorschriften ein ausgedehnteres Prüfungsrecht der Behörde und eine erweiterte Auskunftspflicht der Geschäftsleiter usw. Weiter werden die Verhältnisse bei den Bausparkassen geregelt, die der Beaufsichtigung durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden.

188 Millionen für Siedlungen.

Das Osthilfegesetz vor dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann mit der Beratung des vom Ostausschuß verabschiedeten Gesetzes über die Osthilfe. Abg. Hergt berichtete über die Verhandlungen des Ostausschusses, und machte dabei Mitteilungen von Erklärungen der Regierung, wonach bis zum 31. März 1930 an Zwischenkrediten des Reiches für die landwirtschaftliche Siedlung in dünn bevölkerten Gebieten rund 188 Millionen Mark bereitgestellt worden sind.

In der Aussprache machten sich Bedenken geltend, durch ein Gesetz von solch großem finanziellen Umfang eine Ausgabepolitik für eine lange Reihe von Jahren festzulegen.

Demgegenüber wurde von Regierungsseite festgestellt, daß nur nach Maßgabe jedesmaliger Bewilligung der betreffenden Etatspositionen die Mittel dem Gesetz nutzbar gemacht werden können. Der Reichstag habe durch die jährliche Etatsberatung Gelegenheit, sich immer wieder einzuschalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. Juli 1930.

— Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wendet sich in einer Entschließung gegen die Auflösung der Versorgungsämter.

*

:: **Durchreise des litauischen Staatspräsidenten durch Berlin.** Der litauische Staatspräsident Smetona ist in Begleitung seiner Gattin in Berlin eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach der Tschechoslowakei weitergereist.

:: **Berlins Stadtkämmerer pensioniert.** Der Magistrat der Reichshauptstadt beschloß, dem Antrag des Stadtkämmerers Dr. Lange zu entsprechen und versetzte den Kämmerer unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegehalts von 68 Prozent seiner Bezüge mit Wirkung zum 1. November in den Ruhestand.

Sitzung des Reichskabinetts.

— Berlin, 3. Juli. Auf der Tagesordnung der gestrigen Kabinettssitzung stand die Beratung über die Gesetze zur Arbeitsbeschaffung. Der Entwurf sieht Maßnahmen vor für den Kleinwohnungsbau und Kreditaufnahme für Straßenbauten. Außerdem wurde der Reichsarbeitsminister zur Inanspruchnahme eines Kredites von 100 Millionen zur Belebung des Baumarktes ermächtigt. Weitere Vorlagen betreffend des Arbeitsbeschaffungsprogramms und der Preissenkungsaktion werden in der nächsten Woche beraten.

Spionageprozeß in Leipzig.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Vier Angeklagte.

Vor dem Reichsgericht begann ein neuer Spionageprozeß, der mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Angeklagt sind der in Frankfurt a. M. geborene Musiker Hessel, der Elektromonteur Rech aus Rammelsbach in der Pfalz, der Arbeiter Lemm aus Gelsenkirchen-Buer und der in Dresden geborene Musiker Albert aus Freiberg. Die Angeklagten sind verdächtgi, 1929 in Luxemburg, Straßburg, Longwy, Metz, Diedenhofen und Freiberg vorsätzlich von Dingen, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, Angehörigen fremder Mächte Mitteilung gemacht zu haben.

Die Verhandlung wird wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt.

166 Gebäude eingeäschert.

In einem Wirtschaftsgebäude der polnischen Stadt Sarnow entstand ein Brand, der sich mit rasender Geschwindigkeit über die Nachbarhäuser ausbreitete. Binnen kurzem wurden 28 Häuser ergriffen und vollständig vernichtet; ferner wurden 78 Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen. — Am selben Tage brach in einer Vorstadt von Chrzanow ein Feuer aus, das 60 Gebäude einäscherte.

Rundschau im Auslande.

* Briand empfing die Botschafter Englands und Spaniens und unterhielt sich längere Zeit mit ihnen.

* In Bagdad wurde ein Bündnisvertrag mit England unterzeichnet, der in Kraft treten soll, sobald der Irak Mitglied des Völkerbundes ist.

* Nach einer Meldung aus Lahore hat der dortige Bezirksrichter allen Banken verboten, Zahlungen an die für gesetzwidrig erklärten indischen Organisationen oder ihre Mitglieder zu leisten.

*

Annexion der neuentdeckten antarktischen Gebiete durch Amerika?

* Der Demokrat Tydings brachte im Senat der Vereinigten Staaten eine Entschließung ein, in der Präsident Hoover aufgefordert wird, die von Konteradmiral Byrd und anderen amerikanischen Forschern entdeckten antarktischen Gebiete als amerikanisches Land zu beanspruchen.

Festnahme marokkanischer Deserteure.

In der Südpfalz wurden im Bien-Wald zwischen desertierte marokkanische Soldaten eines im Elsaß (Bitsch) liegenden Regiments festgenommen und vorläufig dem Amtsgericht Kandel zugeführt. Im Bienwalde sind in den letzten Tagen wiederholt von Heidelbeersuchern verdächtige Gestalten teils in Uniform teils in Zivilkleidern gesehen worden. Es handelt sich bei ihnen durchweg um afrikanische Soldaten der französischen Armee, die sich aus dem Bitscher Lager entfernt haben.

Geschwaderflug nach Südamerika.

Zwölf italienische Seeflugzeuge wagen den Flug über den Ozean.

Das italienische Luftfahrtministerium bereitet einen Geschwaderflug von Rom nach Brasilien vor. An dem Fluge werden zwölf der größten und stärksten Seeflugzeuge teilnehmen. Der Geschwaderflug, der bereits in nächster Zeit stattfinden soll, wird das erste derartige Unternehmen in der Luftfahrt sein.

Flug Amerika—Irland?

Der Flug-Staffelführer Wynne Eyton, ein ehemaliger Tabakpflanzer aus Rhodesia, wartet in St. Johns (Neufundland) auf günstiges Wetter, um allein den Flug Amerika—Baldonnel—London auf einem leichten Flugzeug des Typs Dehavilland mit geschlossener Kabine zu unternehmen.

Verschiedenes.

Maria Sonne †. Mit Fräulein Maria Sonne, der einzigen Tochter des am 25. Februar 1917 verschiedenen Prof. Geh. Baurats Eduard Sonne, wurde am 17. Juni in Darmstadt auf dem Alten Friedhof eine Frau zur letzten Ruhe getragen, für die wohl viele evangelische Christen ein dankbares Andenken hegen werden.

Neben manchen Wohltätigkeitsvereinen widmete die Heimgegangene vornehmlich ihre Kräfte der Ortsgruppe Darmstadt des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, dessen erste Vorsitzende sie eine lange Reihe von Jahren war. Die Ortsgruppe Darmstadt des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes steht denn auch neben den Familienangehörigen und den übrigen evangelischen Frauenvereinen mit an erster Stelle unter den Leidtragenden und trauert der von ihrem Leiden erlösten Führerin, in der sie ein nachahmungswertes Vorbild erblickte, mit tiefer Rührung nach.

Ein großes Trauergeleite und zahlreiche Blumenspenden gaben den irdischen Resten von Maria Sonne den Abschiedsgruß. Aus der sehr großen Zahl der schriftlichen Beileidsäußerungen sei hervorgehoben ein Schreiben der Reichstagsabgeordneten D. Paula Müller-Otfried, der ersten Vorsitzenden des D.-Ev. Fr., in dem es u. a. heißt: „Neben dem Verlust, den die Ortsgruppe Darmstadt mit ihr der D.-Ev. Fr. durch ihr Hinscheiden erleidet, betrauere auch ich persönlich aufrichtig und schmerzlich den Fehlen dieser unserem Bunde so eng verbundenen Frau. Wir werden ihre Liebe und Treue für unsere gemeinsame Arbeit schmerzlich vermissen."

Fräulein Sonne ist auch eine treue Leserin des Aufwärts und eine eifrige Werberin für das Blatt gewesen. Es ist eine kleine Dankespflicht, wenn wir auch hier der Entschlafenen mit diesen kurzen Worten gedenken.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Heim

Die Geburt eines Sonntagssungen zeigen hocherfreut an

Gustav Beier und Frau

Bethel, den 29. Juni 1930.

„Original"
Schlaraffia-Matratzen
fertigen als Spezialität an
Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuzstraße 43 * Gegr. 1888

Wir suchen für unsere Küche, in der für ca. 160 Personen gekocht wird, eine erfahrene
Köchin
die auch junge Mädchen anzuleiten versteht. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und möglichst auch mit Lichtbild erbeten an
Ev. Kinderheim Godesheim, Bad Godesberg a. Rh.

Baufachmann, Christ, sucht für den Ausbau seiner Baustoffhandlung stillen oder tätigen
Mitarbeiter
mit Kapital. Angebote an
Karl Harbort, Brandenburg (Havel)

Bausparbrief
abgeschlossen im Jahre 1928 mit der Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde, e. G. m. b. H., Wüstenrot in Württemberg, ist umständehalber zu verkaufen. Zu erfragen durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts" unter A 6795

Ein älteres gläubiges Fräulein, das unbemittelt ist, sucht
Erholungsaufenthalt
für den Sommer über gegen Hilfeleistung. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 6794.

Kraftfahrer
22 Jahre alt, sucht Stellung, derselbe ist vertraut mit allen Reparaturen und fuhr in Klasse II und III b. Eventl. Angebote erbittet
Edm. Jahn, Hamburg, Hardenstraße 80 I

Sommerfrische
in herrlicher Lage.
Frau v. Rekowsky, Schönau a. Katzbach.

Stellengesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg.

Alleinstehende, durchaus zuverlässige, in allen Hausarbeiten gründlich erfahrene
Frau
(Fünfzigerin) sucht zum 1. August oder später Stellung in frauenlosem Haushalt oder bei alleinstehendem Herrn oder bei älterem Ehepaar. Kenntnisse in Krankenpflege vorh. Angebote erbittet
Konrektorin M. Trommershausen, Wermelskirchen.

Junger, gläubiger Kaufma[n]
21 Jahre alt, welcher in ei[ner] Metallkapselfabrik gelernt h[at] sucht zwecks Branchenwechsel S[tel]lung als
Volontär
bei freier Station. Derselbe ka[nn] Stenographie, Maschinenschreib[en] und Buchführung. Offert. un[ter] A 6799 an die Geschäftsst. d. [Bl.]

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer!

Heute, **Donnerstag,** 8 Uhr **Jungvolk-Abend.**

Freitag 8¼ Uhr: **Mitgliederversammlung** 1. Einleitung (Herr P. Jungblut). 2. Unser Jahresfest. 3. Verschiedenes. 4. „Vom Bodensee bis Meran" (Herr Sanitäts-Rat Dr. Blümcke). (Auch Nichtmitglieder herzlich willkommen.)

Sonntag morgens 8½ Uhr **Weißkreuzstunde** in Gos[pel] (Br. Mast).

Unser Jahresfest feiern wir am Sonntag, dem 20. Ju[ni] (Siehe Monatsplan).